

vermitteln. Er verfolgt darin die politische, ideologische und soziale Geschichte des ländlichen China von den frühen 1950er-Jahren bis heute.

In den ersten vier Kapiteln widmet er sich dem "Land unter Mao": der staatlichen Macht auf der Dorfebene, dem ländlichen "Klassensystem" in der Maozeit, der Kulturrevolution auf dem Lande sowie den utopischen Träumen von einer sozialistischen Landwirtschaft. Im zweiten Abschnitt des Buches beschreibt er in sieben Kapiteln die Zeit nach Mao, von der Auflösung der ländlichen Kollektive, über die Entstehung privater Unternehmen bis hin zur Einführung lokaler Wahlen. Dabei widmet er der ländlichen Migration und dem Verhältnis von Lokalregierungen zu privaten Unternehmern ebenso ein Kapitel wie der Armut und Armutsbekämpfung.

Unger kann bei seiner Darstellung auf jahrzehntelange umfangreiche eigene Forschung und Untersuchungen in über hundert Dörfern zurückgreifen. Bereits in den 1970er-Jahren interviewte er zusammen mit Richard Madsen und Anita Chan in Hongkong Migranten aus einem Dorf in der Provinz Guangdong und veröffentlichte die Ergebnisse in der Studie über das *Chen Village*, die später noch einmal um die Zeit unter Deng (*Chen Village Under Mao and Deng*) erweitert wurde. Zahlreiche ausgedehnte Forschungsreisen führten ihn immer wieder in die verschiedensten ländlichen Gebiete Chinas, wo er Bauern, Landarbeiter und Beamte befragte. Seine letzte Reise vor Abfassung des Buches unternahm er im November-Dezember 2000 in sechs arme Gemeinden in der Provinz Qinghai.

Die einzelnen Kapitel sind daher voller Beispiele und eigene Beobachtungen. Sehr anschaulich sind z.B. die Ausführungen über die Ursachen und Auswirkungen der Armut. Hier kann er u.a. zeigen, wie die Regierung selbst durch ihre Steuer- und Abgabepolitik gerade die Ärmsten benachteiligt. Interessant ist auch die Schlussfolgerung aus eigenen Forschungen, dass die Dekollektivierung in

den frühen 1980ern zum Großteil von oben auf Direktiven der Regierung hin erfolgte und nicht spontan von unten durch die Initiative der Bauern.

Insgesamt gibt Ungers Darstellung einen guten und äußerst anschaulichen Überblick über die ländliche Entwicklung seit Gründung der Volksrepublik. Allerdings begründet die Stärke des eigenen Forschungsmaterials zugleich auch die leichte Schwäche des Buches. So gelingt es ihm nicht, die eingangs formulierten zwei "roten Fäden", die Beziehung zwischen Staat und Bauern sowie die Frage der sozialen Gerechtigkeit, konsequent zu verfolgen, was nicht zuletzt daran liegt, dass das Buch aus verschiedenen bereits vorliegenden Essays zusammengestellt wurde. Auch hat das reichhaltige eigene Datenmaterial sowie das Bemühen, sich in das ländliche China, "einzufühlen" (2), den Autor bisweilen dazu verführt, die systematische Analyse (einschließlich systematischer und genereller Daten) zugunsten konkreter Beispiele zurückzustellen. Ungers Vorteil ist es, die Dorfebene genau zu kennen, dafür lässt er die politische Ebene in Beijing auch mal unberücksichtigt.

Diese Kritik soll aber nicht die Bedeutung des Buches schmälern, dass den Leser mitten auf das chinesische Land führt. Es sollte von allen an China Interessierten gelesen werden.

Günter Schucher

**Ron J. May und Ray Anere (Hrsg.):
Maintaining Democracy: The 1997
Elections in Papua New Guinea**

Port Moresby: University of Papua New Guinea, und Canberra: Australian National University, 2002, 239 S., 25 A\$

Der vorliegende Sammelband thematisiert die nationalen Parlamentswahlen des Südpazifikstaates von 1997. Er steht in einer langen Tradition, da seit den ersten, 1964 nach unter kolonialer Herrschaft abgehaltenen Wahlen jeweils, wenn auch mit längerer Verzögerung, detaillierte Studien in Buch-

form an der Australian National University oder der Universität von Papua-Neuguinea erschienen sind. Der Band ist in drei Teile gegliedert. Während die Beiträge des ersten Abschnitts den Kontext und die Besonderheiten dieser Wahlen herausstellen, folgen im zweiten Teil sieben Analysen der Abläufe und Ergebnisse einzelner Wahlkreise. Der dritte Teil enthält den Abdruck des Berichts des Wahlleiters an das Parlament.

Nach einem einleitenden Überblick von Ron May setzt sich Benjamin Reilly mit den wichtigsten Charakteristika der Wahl auseinander. Zu diesen zählen eine dauerhaft hohe Wahlbeteiligung der Bevölkerung, eine hohe Kandidatenzahl, die Nichtwiederwahl eines hohen Anteils von Parlamentariern, ein schwaches und fragmentiertes Parteiensystem ohne programmatische Festlegungen und Mitgliederbasis sowie die Instabilität der Mitgliedschaft der Abgeordneten in Parteien und Regierungskoalitionen. Der lokale Charakter der Wahlen und hier die ethnische Bindung erweisen sich weiter als fundamentale landestypische Merkmale. Deutlich wird auch der kaum repräsentative, unter den Bedingungen des einfachen Mehrheitswahlrechts werden immer mehr Parlamentarier mit immer weniger Stimmenanteilen gewählt, sondern eher 'distributive' Fokus des politischen Systems. Wahlen erweisen sich immer stärker als zentraler Weg des Zugriffs auf den Staat und damit auf Macht, Prestige und finanzielle Ressourcen. Generell sind die Wahlen in den Inselregionen weniger konfliktbesetzt als die der Hauptstadt und des bevölkerungsreichen und ethnisch heterogeneren Hochlands. Für abgelegene Regionen eröffnen sie zudem oft die einzige Gelegenheit zur Interaktion mit dem Staat.

Der folgende Beitrag von Henry Ivarature bestätigt die geringe Ausstrahlung der Sandline-Affäre auf das Wählerverhalten. Das Engagement des britischen Söldnerunternehmens Sandline zur Niederschlagung des Rebellenaufstandes auf der Insel Bougainville hatte wenige Monate zuvor zur bisher größten innenpolitischen Krise des Landes

geführt. John Nonggor beschäftigt sich anschließend mit der hohen Zahl von 86 Wahlklagen nach Wahlbeendigung, deren letzte noch kurz vor den Parlamentswahlen von 2002 nicht abgeschlossen war. Begründet sind die Anfechtungen von 69 der insgesamt 109 Parlamentssitze nicht nur in den zunehmenden, mit den Wahlabläufen verbundenen Unregelmäßigkeiten. Wahlanfechtungen werden selbst zum Bestandteil des Kampfes um das Mandat oder gelten als Revanche für die Niederlage.

Die Beiträge zu Wahlkreisen der Provinzen Central, Milne Bay, Southern Highlands, East Sepik, West New Britain und Goroka unterscheiden sich in Qualität und Länge. Sie sind eher deskriptiv denn analytisch angelegt. Herausgehoben sind die beiden Aufsätze der australischen Anthropologinnen Nicole Haley und Rebecca Robinson, die auf der empirischen Grundlage gerade von ihnen durchgeführter genealogischer Studien den Wahlbetrug der Clans auf hohem Niveau nachweisen. Für die Beobachterinnen waren zumindest in diesem Wahlkreis des südlichen Hochlands faire Wahlen kaum gewährleistet. Aufschlussreich ist auch der Beitrag des Pazifikkorrespondenten der Australian Broadcasting Corporation, Sean Dorney, über den Wahlkreis, in dem die Goldmine Porgera angesiedelt ist. Die Überschrift "If you don't give them money they won't vote for you" kann als Programm des Mandatsinhabers angesehen werden. Erschreckend ist auch dessen dargestelltes Desinteresse an Veränderungen. Was einzig zählt ist die klientele Verpflichtung seiner Wählerbasis über finanzielle Zuwendungen und Projekte und damit die Sicherstellung der eigenen Neuwahl.

Auch wenn die meisten der in dem Buch dargestellten Strukturmerkmale und Einflussfaktoren der Wahlen von 1997 bereits in anderen Veröffentlichungen aufgearbeitet wurden (und in dieser Besprechung daher nicht wiedergegeben werden), bleibt die Berechtigung der Reihe. Es sind gerade die mit Regionalorientierung und Kenntnis

verbundenen Detailstudien, die über die landesweit abstrahierenden Analysen hinaus reichen und damit den Wert des Bandes ausmachen. Es wäre zu wünschen, dass sich hier künftig stärker einheimische Autoren engagieren. Doch trotz steigender Wissenschaftlerzahlen spiegelt der Zustand der nichtprivaten Forschung in gewisser Weise die Lage des Landes wider, die von institutionellem Niedergang und Desinteresse gekennzeichnet scheint. Hinsichtlich der inhaltlich Gewichtung gehört der erst seit 2003 verfügbare Band trotz anhaltend prägender Kontinuitäten eher der Vergangenheit an. Die gesetzlich erfolgte Erzwungung einer Parteienlandschaft zu Ungunsten Unabhängiger und die Rückkehr zur künftig wieder gültigen Mehrheitswahl mit alternativer Stimmabgabe (Limited Preferential Voting System) haben neue Dynamiken eröffnet, welche die Chancen für eine stärkere Etablierung der bisher nur rudimentär verankerten repräsentativen Demokratie in Papua-Neuguinea erhöhen könnten.

Roland Seib

Binayak Ray: South Pacific Least Developing Countries. Towards Positive Independence

Kalkutta: Progressive Publishers, 2003, 198 S., 15 US\$

Die südpazifische Inselregion ist bisher eine Peripherie par excellence gewesen. Fernab des Weltgeschehens waren die dortigen Inselstaaten vor allem ein Eldorado für Kultur- und Naturwissenschaftler. Erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit beschäftigen sich auch andere Fachrichtungen mit der Region. Im Rahmen der Pacific Studies, ein Studienfach, das hauptsächlich zum Kolloquium pazifischer Hochschulen gehört, befassen sich auch andere, insbesondere Sozialwissenschaftler, mit den pazifischen Inselstaaten.

Als Ökonom beschäftigt sich Ray hauptsächlich mit entwicklungspolitischen Fra-

gen. Als ehemaliger Mitarbeiter am "State, Society, and Governance in Melanesia"-Projekt der Australian National University in Canberra sind ihm besonders die für den pazifischen Raum bedeutsamen Probleme nicht fremd. Sein Bericht umfasst die fünf Staaten Salomonen, Vanuatu, Samoa, Kiribati und Tuvalu, also jene Staaten des Südpazifiks, die als die so genannten Least Developed Countries (LDC), mithin die Schwächsten der Schwachen, bezeichnet werden. Das Buch ist in zwölf Kapitel gegliedert, die sich wiederum grob in einen wirtschaftlichen, politischen und in einen abschließenden bzw. schlussfolgernden Bereich unterteilen lassen.

Ray vertritt die These, die betrachteten Inselstaaten seien zwar formal souverän, jedoch aufgrund ihrer Kleinheit, ihrer stark begrenzten ökonomischen Möglichkeiten sowie verschiedentlich auftretender sozialer Spannungen nicht allein überlebensfähig und somit von anderen abhängig. Zwecks Erreichung einer positiven Unabhängigkeit ("positive independence") rät er ihnen zu einem überregionalen Zusammenschluss, weil die auftretenden Probleme für die einzelnen kleinen Staaten nicht lösbar seien. Weiterhin verweist er auf die Quelle potentiellen Reichtums, nämlich die z.T. sehr großen Exclusive Economic Zones (EEZ), deren Nutzung durch moderne Technologien möglich würde. Dadurch, so Rays Hypothese, würde den fünf Inselstaaten die positive Unabhängigkeit, also eine über das formale Maß der Eigenständigkeit hinausgehende Souveränität, ermöglicht.

Binayak Rays größter Vorteil, nämlich die Sichtweise eines ausgebildeten und mit entwicklungspolitischen Erfahrungen versehenen Ökonomen, wird hier gleichzeitig zu einem Nachteil. Er denkt und argumentiert ökonomisch, was die für die Analyse der Souveränität der betrachteten Inselstaaten notwendige ganzheitliche Sicht auf einen Ausschnitt reduziert. Es fehlt beispielsweise ein tragkräftiger theoretischer Teil, welcher definiert, was "positive independence" über-